

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Ausreisepflicht wirksam durchsetzen - Ohnmacht des Ministeriums für Inneres und Europa beenden

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das sehr häufige Scheitern von angesetzten Abschiebungsmaßnahmen den Zielen eines konsequent handelnden Rechtsstaates widerspricht. Die im Kontext dieser Feststellung öffentlich getätigte Aussage vom Minister für Inneres und Europa, Torsten Renz, wonach alle rechtlichen Möglichkeiten für effektive Rückführungen ausgeschöpft wären, ist falsch. Diese Äußerung ignoriert politische Gestaltungsmöglichkeiten und verkennt die Gesetzeslage.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Ausreiseeinrichtungen zu schaffen, eine eigene Abschiebungseinrichtung einzurichten und die personellen Kapazitäten bei der Passersatzbeschaffung auszuweiten.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern, die in der Regel dadurch zu ausreisepflichtigen Personen werden, scheitert seit Jahren sehr häufig. Laut Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Horst Förster, Fraktion der AfD, mussten allein im vergangenen Jahr über 70 Prozent der angesetzten Abschiebungen abgebrochen werden (siehe Landtagsdrucksache 7/5776). Das Vollzugsdefizit ist unübersehbar und wird von der Landesregierung trotzdem nicht angetastet.

Angesprochen auf dieses Problemfeld äußerte der Minister für Inneres und Europa, Torsten Renz, in einem Artikel der Schweriner Volkszeitung: „Selbstverständlich werden alle rechtlich und tatsächlich möglichen und zulässigen Schritte unternommen, um Aufenthalt von Personen zu beenden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die kein Bleiberecht haben.“ (Ausgabe vom 20. Februar 2021). Ein solches Auftreten eines amtierenden Ministers dieser Regierung zeugt von politischer Ignoranz und Selbstaufgabe.

Die Landesregierung sollte die Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode nutzen und vorhandene gesetzliche Spielräume (Schaffung von Ausreisereinrichtungen, landeseigene Abschiebungshaft und Personalaufwuchs im Landesamt für innere Verwaltung) für eine konsequentere Durchsetzung der Ausreisepflicht aktivieren.